

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 22

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 28. Mai 1948

Droht Arbeitslosigkeit?

Um diese Frage, die heute so viele Menschen beschäftigt, kurz zu beantworten, muß gesagt werden: die momentane Lage auf dem Arbeitsmarkt ist sehr ungünstig, die Arbeitslosenzahl geht zumindest in unserem Bezirk gerade in diesen Wochen sprunghaft in die Höhe, dennoch aber ist kein Anlaß zu einer allgemeinen Besorgnis vorhanden, wenn es der Wirtschaft gelingt, die Krise der Deflation, des allgemeinen Geldmangels, zu überwinden. Vergleichszahlen aus den Jahren 1932 bis 1936 und denen von heute zeigen, daß die Zahl derjenigen, die heute Arbeitslosenunterstützung bekommen, weitaus geringer ist als in den angegebenen Jahren und daß sie auch nicht annähernd so groß sein wird, wenn sich nun die angekündigten Arbeiterentlassungen auszuwirken beginnen. Gerade große Betriebe sind ausschlaggebend für das Ansteigen oder Absinken der Arbeitslosenziffer, und da muß nach den Berichten des Arbeitsamtes Waidhofen a. d. Y. gesagt werden, daß die großen Betriebe unseres Bezirkes, wie z. B. die Böhrer-Ybbstalwerke oder die Papierfabrik Hilm-Kematen laut ihren eigenen Angaben voll beschäftigt sind und keine Arbeiterentlassungen durchführen müssen. Bei den Mittelbetrieben wirken sich die Absatzschwierigkeiten und der Geldmangel schon stärker aus, denn manche Mittelbetriebe des Ybbstales waren oder sind gezwungen, einige Arbeiter ihres Betriebes zu entlassen, doch gehen die Meinungen der Besitzer dahin, daß diese Entlassungen nur vorübergehender Natur sein werden. Am stärksten wirkt sich die Absatzkrise bei den kleinen Betrieben und der Geldmangel bei den Gewerbetreibenden aus, obwohl gerade diese bestrebt sind, ihren Arbeiter oder ihre wenigen Arbeiter nicht zu entlassen, sondern sie über die gegenwärtige Krise hinüberzureiten.

Der Grund der allgemeinen Geldknappheit muß in der Geldabschöpfung durch die Währungsreform gesucht werden. Es wird mehr erzeugt als früher, aber es ist weniger Geld da und dieses kann daher nicht ausreichen, um das Mehrangebot an Waren zu befriedigen. Die Folge davon ist, daß trotz der gebesserten allgemeinen Situation das Geld nur für die notwendigsten Lebensbedürfnisse — und oft nicht einmal dazu — ausreicht und daß daher größere Neuschaffungen oder Reparaturen nicht durchgeführt werden können. Daraus ergibt sich wiederum, daß die Geschäftsleute zu wenig Absatz, die Fabriken, das Baugewerbe und die Gewerbebetriebe zu wenig Arbeit haben. Noch ein weiterer Umstand ist bezeichnend. Wenn schon zu wenig Geld da ist, um die lebenswichtigen Bedürfnisse voll und ganz zu befriedigen, dann ist natürlich überhaupt kein Geld für Luxus und Tand vorhanden und deshalb verschwinden alle jene Betriebe, die in der ersten Nachkriegszeit allerlei Kram oder doch zumindest nicht lebensnotwendige Dinge erzeugt haben. Auch dadurch wird die Arbeitslosenziffer in die Höhe geschraubt, bis es den freigewordenen Arbeitskräften gelungen ist, in einer lebenswichtigen Industrie unterzukommen.

Nun ist es nicht so, daß die offizielle Angabe der Zahl der unterstützten Arbeitslosen einen genauen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes geben könnte. Die wirkliche Lage ist leider schlechter, weil nicht alle Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung bekommen. Da sind in erster Linie jene, — sie sind am wenigsten zu bedauern — die sich die meiste Zeit ihren Lebensunterhalt durch den Schleichhandel verdient haben, keiner geregelten Beschäftigung nachgegangen sind und daher auch keine Arbeitslosenunterstützung beanspruchen können. Diese Menschen sind vor allem in Wien und in den großen Städten zu finden, aber auch bei uns gibt es davon eine größere Zahl. Mit dem allmählichen Aufhören des Schleichhandels sind sie arbeitslos geworden und vergrößern die Zahl der Arbeitsuchenden. Eine zweite Gruppe sind die „belasteten“ Nationalsozialisten. Wenn sie arbeitslos geworden sind, erscheinen sie in der Liste der Unterstützten nicht auf, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, ein für den einzelnen gewiß trauriges Los. Diese beiden Gruppen von Menschen verschlimmern

Die Staatsvertragsverhandlungen auf unbestimmte Zeit unterbrochen

Die amerikanische Regierung gab bekannt, daß sie nicht bereit sei, die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag wieder aufzunehmen, bevor eine geeignete Basis gefunden ist, die eine Fortsetzung der Verhandlungen rechtfertigen würde. Diese Feststellung wurde in einem Briefe des amerikanischen Sonderbevollmächtigten Samuel Reber an den Generalsekretär des Rates der Außenminister gemacht. In dem Brief wurde betont, daß die Vereinigten Staaten eine Garantie über die Beibehaltung der Grenzen Österreichs vom Jahre 1937 und die Befreiung Österreichs von Reparationen als Hauptfaktoren für die Wiederaufnahme der Verhandlungen betrachten.

Der Ministerrat hofft auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen

Im Ministerrat vom Dienstag behandelte Bundeskanzler Ing. Dr. Figl die Unterbrechung der Staatsvertragsverhandlungen in London. Nach einem ausführlichen Be-

richt des Außenministers Dr. Gruber gab der Ministerrat seinem Bedauern Ausdruck, daß durch die sowjetrussische Unterstützung der jugoslawischen Forderungen auf Zerreißung Kärntens und auf Reparationen eine Unterbrechung der Londoner Verhandlungen eingetreten ist und dadurch der Abschluß des Staatsvertrages neuerlich verzögert werde. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden können. Er bekräftigte jedoch die bisherige Haltung der Regierung, auf Gebiets- und Reparationsforderungen nicht einzugehen.

Steuerliche Sonderbestimmungen für Scheingewinne

Ökonomische Büros in Washington und Paris — Weitere Beschlüsse des Ministerrates

Der Ministerrat hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, der steuerliche Sonderbestimmungen zur Ermittlung des Gewinnes für das Jahr 1947 enthält. Durch diesen Gesetzentwurf soll im Interesse des Wieder-

Da der amerikanische Sonderbeauftragte für den österreichischen Staatsvertrag, Sam Reber, nach Washington zurückkehrt, ist die Unterbrechung der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit eine für Österreich traurige Tatsache geworden. Sicherlich steht diese Vertagung ins Ungewisse im Zusammenhang mit dem Scheitern der Konferenz über die Atomenergie und dem Mißlingen der Friedensoffensive, die eine Annäherung zwischen Washington und Moskau zum Ziele hatte. Es wird immer klarer, daß eine Regelung des österreichischen Staatsvertrages nur im Zusammenhang mit der Regelung der entscheidenden Friedensprobleme möglich sein wird.

aufbaues und der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft Vorsorge getroffen werden, daß durch die Besteuerung der im Zusammenhang mit der Geldwertveränderung im Jahre 1947 entstandenen Scheingewinne keine Substanzverluste entstehen.

Außenminister Dr. Gruber berichtete über die Neuorganisation für die Durchführung der mit dem europäischen Wiederaufbauprogramm zusammenhängenden Fragen, die durch das Pariser Abkommen vom 16. April 1948 geschaffen worden ist. Zum Zwecke der Durchführung werden von Österreich in Washington und Paris ökonomische Büros errichtet, denen ständige und auch zeitweilige Fachexperten beigegeben werden. Im Wiener Bundeskanzleramt wird ein Sonderbüro errichtet, dem der gesamte Verkehr in Angelegenheiten des Marshallplanes obliegt. Der Planungskommission des Ministeriums für Vermögenssicherung wird die Aufteilung der zur Verfügung gestellten bzw. angeforderten Mittel und die Ausarbeitung der entsprechenden Programme zufallen.

Weiters beschloß der Ministerrat, den Entwurf einer Vordienstzeitenverordnung für Vertragsbedienstete, die Verlängerung des Arbeitslosenfürsorgengesetzes bis zum Ablauf dieses Jahres, schließlich den Beitritt Österreichs zur Organisation für internationale Zivilluftfahrt.

Der Bundeskanzler machte von einer Note des Alliierten Rates Mitteilung, wonach dem Begehren der Regierung auf Auslieferung des früheren deutschen Gesandten in Wien, von Papen, mit der Begründung nicht stattgegeben wird, daß Papen von einem deutschen Entnazifizierungsgericht verurteilt worden sei und derzeit seine Strafe verbüße.

Forderung nach Auflockerung der Bewirtschaftung

Bundeskanzler Ing. Dr. Figl hat am vergangenen Sonntag bei einer Kundgebung des Wirtschaftsbundes Stellung zu den grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik genommen. Der Kanzler stellte fest, daß im Zusammenhang mit dem Währungsschutzgesetz Preise und Löhne langsam, aber sicher in ein gesünderes Verhältnis zu einander kommen. Durch die Verknappung der Geldmittel, die als Folge des Währungsschutzgesetzes aufgetreten ist, kommen so viele gehortete Waren auf den Markt, daß eine Auflockerung in der Bewirtschaftung möglich geworden ist. Viele Zwangsmaßnahmen sind heute nicht mehr so notwendig, als dies früher der Fall war. Das derzeit noch notwendige Übel der Bewirtschaftung wird hoffentlich in diesem Jahre noch weitere Auflockerung erfahren, bis es bei allmählicher Gesundung unserer Wirtschaft gänzlich überflüssig geworden ist. Heute bereits wirkt die Bewirtschaftung vielfach verkaufshemmend. Und wenn Preissenkungen stattgefunden haben, so nicht deshalb, weil die Bewirtschaftungsstellen diese ermöglicht hätten — im Gegenteil, sie wirken heute noch preissteigernd, — sondern aus dem Grunde, weil die Wirtschaft selbst diese Preisbewegung nach unten aus eigenem Antrieb und der Tendenz zu einer freien Wirtschaft folgend, in der das Konkurrenzprinzip und die Güte der Ware maßgebend ist, vorgenommen hat. Es ist allgemein bekannt, sowohl bei den Unternehmern wie bei der Arbeiterschaft, daß durch die bürokratische Handhabung der gesamten Bewirtschaftung die Waren nicht dorthin kommen, wofür sie erzeugt werden, nämlich an die Bevölkerung. Die Wirtschaft hat bisher Verständnis der Bewirtschaftung entgegenge-

bracht und Disziplin gehalten. Jetzt aber, wo es bereits um die Existenz der Betriebe geht, dürfen bürokratische und parteidoktrinaire Überlegungen und Maßnahmen vom Schreibtisch aus die Wirtschaft nicht mehr in ihrer Entfaltung beeinträchtigen. Die freie Wirtschaft ist nicht mehr aufzuhalten.

Über die Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe sagte der Kanzler, daß diese nicht grundsätzlich abgelehnt wird, daß die Wirtschaft jedoch verlange, daß die Belastung für sie tragbar sein müsse. Im folgenden betonte der Kanzler die Wichtigkeit der Schaffung des Wiederaufbaugesetzes, wodurch die wichtigste Voraussetzung zur wirksamen Abwehr eines Abgleitens der Zahl der Beschäftigten gegeben werde. Er versicherte auch, daß die Bautätigkeit keine Einschränkung erfahren werde und daß die erforderlichen Mittel für den Wohnungsbau im Gesetzwege gesichert werden.

Zum Schluß verwies der Kanzler darauf, daß eine Senkung der Einkommensteuersätze derzeit nicht möglich sei, so sehr dies auch dem Wunsche vieler Wirtschaftskreise entsprechen würde.

Die Arbeiterkammer gegen die Auflockerung der Bewirtschaftung

Entgegen der Äußerung des Bundeskanzlers und der Ansicht der Wirtschaftskammer weist die Arbeiterkammer in ihrem Pressedienst darauf hin, daß sich die Produktion gerade der wichtigsten gewerb-

lichen Gebrauchsgüter gegenüber dem vergangenen Jahr nicht nennenswert vergrößert hat. Das momentane Überangebot an Waren ist darauf zurückzuführen, daß es sich um Bestände handelt, die aus der

das Bild über die offiziellen Angaben der Arbeitslosigkeit.

Innig verbunden mit dem Problem des Arbeitsmarktes und des Geschäftsganges ist das Problem der schulentlassenen Jugend. Wenn in ungefähr einem Monat die Schulen ihre Tore schließen, werden die vierzehnjährigen sich entscheiden müssen, welchen Beruf sie einschlagen werden; dann erhebt aber wieder die neue Frage, ob alle Schulentwachsenen in der Wirtschaft untergebracht werden können oder ob ein Teil von ihnen längere Zeit warten muß. Bei Umfragen nach der Berufswahl hat sich herausgestellt, daß die Burschen weiterhin die technischen Berufe vorziehen, die Mädchen vor allem Schneiderinnen oder Friseurinnen werden wollen. Es ist klar, daß für die genannten Berufe zu wenig Lehrstellen vorhanden sind und daß daher andere Berufsarten ergriffen werden

müssen. Es wäre gut, die Jugend auf die alten handwerklichen Berufe aufmerksam zu machen, denn Schuhmacher, Schneider, Maurer, Zimmerleute und andere Handwerkszweige klagen über Mangel an Nachwuchs, der bei einigen Berufsarten so groß ist, daß man geradezu von aussterbenden Gewerben reden muß. Ohne jedoch auf eine besondere Berufsart zu achten, muß gesagt werden, daß die Ermittlungen ergeben haben, daß die Zahl der freien oder freiwerdenden Lehrplätze viel geringer ist, als die Zahl der vierzehnjährigen, die nun aus der Schule kommen. Es könnten sicherlich viel mehr Lehrlinge untergebracht werden, aber von Seiten der Lehrherren wird nicht selten der Standpunkt eingenommen, daß es infolge des sozialen Schutzes der Lehrlinge nicht rentabel sei, einen Lehrling zu nehmen. Aus diesem Grunde, der nicht so ohneweiters zu überwinden sein wird,

kann auch das Problem der schulentwachsenen Jugend ungünstig auf den Arbeitsmarkt einwirken. Hierzu kommt die ausgesprochene Abneigung der städtischen Jugend für ländliche Berufe und die Landflucht von seiten eines großen Teiles der ländlichen Jugend.

Dies ist im großen und ganzen die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Gegenwärtig droht zwar eine gewisse Arbeitslosigkeit, doch wird diese keine katastrophalen Formen annehmen, weil sich die Wirtschaft immer mehr von den Kriegsfolgen erholt und weil immer mehr Waren erzeugt werden. So bald es gelingt, den Deflationsdruck auf die Wirtschaft zu erleichtern und die Geldknappheit durch geeignete Maßnahmen zu überwinden, wird das Gespenst der Arbeitslosigkeit völlig gebannt sein.

